

Der Krieg auf ewig gebannt?

In Genf wurden in der gestrigen Nachmittagsitzung die nichtständigen Mitglieder des Rates gewählt. Von 47 Staaten, die an der Wahl teilnahmen, wurden 43 Stimmen für Uruguay, 40 für Brasilien, 40 für die Tschechoslowakei, 36 für Spanien, 34 für Schweden abgegeben. Somit bleibt der Völkerbundsrat in seiner alten Zusammensetzung bestehen, da England, Frankreich, Italien und Japan als ständige Mitglieder ihrer Sitz dauernd beibehalten. Von den zerplatteten Stimmen entfielen unter anderem 15 auf Holland und 14 auf China. Der Vorsitzende machte hieraus die Mitteilung, daß 10 Delegationen das Protokoll bereits im Laufe des heutigen Tages unterzeichnet haben, darunter Albanien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Lettland, Polen, Portugal, Süßlawien und die Tschechoslowakei. Hierauf ergriff Präsident Motta das Wort zu einer von lebhaftem Beifall wiederholt unterbrochenen Schlussansprache. Er dankte allen denen, die in treuer Mitarbeit geholfen hätten, das große Werk der Sicherheits-Schiedsgerichts und Abrüstungsfrage zu Ende zu führen. Vor allem dankte er den beiden unermüdlichen Mitarbeitern Beisch und Politis. Man wage es kaum zu glauben, daß

der Krieg auf ewig gebannt

sei. Aber, wenn die Menschheit dahin kommen sollte, daß sie den Krieg überwinde, dann werde sie diese Errungenschaft dem System des Schiedsgerichtsbarkeit verdanken. Dem System der Schiedsgerichtsbarkeit muß eine Seele eingehaucht werden. Diese Seele ist die Idee der Solidarität der Völker und ihrer Versöhnung. Er erhebe seine Stimme für die Ruhe und den Frieden Europas. Der fröhlich gefasste Entschluß der deutschen Regierung, der ihr den Weg zum Völkerbund weist, sei ein gutes Vorzeichen. Er glaubt, daß

Deutschland in nächster Zeit dem Völkerbund beitreten

werde. Diesen Worten des Redners folgte lang anhaltender Beifall. Motta schloß mit Dantes Versen von der Liebe, die Sonne und die Sterne bewegt. Darauf wurde die fünfte Vollversammlung des Völkerbundes geschlossen.

Frankreich sabotiert die Abrüstung.

Neuport, 3. Oktober. In der Washingtoner Post nimmt der Admiral Fallean zu der in Genf geplanten Abrüstungskonferenz Stellung und führt aus: daß Amerika heute nicht mehr die Führung in Bezug auf den Abrüstungsgedanken habe. Großes Aufsehen haben die Ausführungen des Generals über die Nichtratifizierung der drei von den 5 auf der Londoner Konferenz geschlossenen Verträgen durch Frankreich gemacht. Frankreich habe bisher die zwei Verträge über die Souveränität Chinas und ein Abkommen über die Verbotskündigung des Gebrauchs von giftigen Gasen nicht ratifiziert.

Französischer Ministerrat über die deutsche Völkerbundnote.

Paris, 3. Oktober. Gestern nachmittag 4 Uhr trat in Paris unter dem Vorsitz des Präsidenten der französischen Republik ein Ministerrat zusammen, um die deutsche Völkerbundnote zu besprechen.

Weltfriedenkongress in Berlin.

Berlin, 3. Oktober. Der Internationale Verband der Friedensgesellschaft veranstaltet in Berlin vom 2. bis 8. Oktober den 23. Weltfriedenkongress, zu dem gestern und heute zahlreiche Teilnehmer aus der ganzen Welt erschienen sind. Besonders stark ist der Besuch aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas und aus Frankreich. Die griechische Regierung hat einen offiziellen Vertreter entsandt. England, Holland, die Tschechoslowakei, Österreich, die skandinavischen Staaten sind vertreten. Auch Mitglieder der russischen Völkerbundsliga sind erschienen. Hier handelt es sich um Emigranten. Weitere Teilnehmer aus allen Kulturstäaten sind angemeldet und werden noch im Laufe des Tages eintreffen. Als Einleitung des Weltfriedenkongresses fand am Mittwoch abend im alten Herrenhaus eine stark besuchte politische Konferenz statt.

Am Nachmittag trat der Rat des Internationalen Friedensbüros zusammen. Im Anschluß daran fand die konstituierende Versammlung des Kongresses statt. Es sind Kommissionen für Völkerbundfragen, für Abrüstungsfragen sowie für Erziehungsfragen eingesetzt worden. Zum Präsidenten des Kongresses wurde Senator Henry De Fontaine (Belgien) zum geschäftsführenden Vorsitzenden Professor Quidde (München) gewählt.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich.

Der französische Handelsminister kam in seiner Rede, die er gestern vor der deutschen Delegation im Handelsministerium hielt, auch auf die Erhöhung der Währungssatzung hinzu, die die deutsche Wirtschaft infolge der Währungskatastrophe ausgelebt gewesen ist. Er sagte unter anderem: Wenn Frankreich auch unter der Entwertung seiner Valuta zu leiden hätte, so war diese Entwertung doch nicht von den katastrophalen Folgen, wie in Deutschland. Das Deutsche Reich hat seine wirtschaftliche Freiheit mit Grenzen umgeben, die ein Hemmnis für andere Länder bedeuten. Trotz seiner Valutasdrangungen, von denen es sich mit einer methodischen Energie wieder erholt hat, hat Deutschland nationales Rüstzeug gewahrt und sich beständig entwidelt. Seine Wirtschaftskräfte haben einmal ausgezeigt. Sie arbeiten mit vollem Eittrage, so daß die Zahl der Arbeitsstunden, an die Frankreich sich durch internationale Abmachungen halten muß, in Deutschland überschritten werden. Diese Tatsache legt die Verpflichtung auf einen Weg ausfindig zu machen, auf dem

die Wirtschaft der beiden Länder in derselben

Weise zu normaler Produktion zurückkehrt. Der Minister richtete zum Schlusse seiner Ausführungen an die deutsche Delegation die Frage, ob sie wie die

französische Delegation, seit entschlossen ist, einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung des Warenaustausches zu unternehmen. Die Bedingungen müßten ausführlich durch ein definitives Abkommen festgelegt werden, oder aber es müßte versucht werden, ein zeitweiliges Regime angewandt werden, das später auszubauen und zu vervollkommen wäre.

Staatssekretär von Trendelenburg dankte dem Handelsminister im Namen der deutschen Delegation für seine Ausführungen und kam dann auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu sprechen. Er stellte entschieden in Arede, daß die deutsche Wirtschaft ihre alte Leistungsfähigkeit auch nur annähernd behalten habe und daß der deutsche Wettbewerb eine Gefahr für die Industrien anderer Länder bedeute. So notwendig während des Währungskriegs das System der Ausfuhrverbote gewesen sein mag, so gern wäre Deutschland jetzt nach Standardisierung seiner Währung bereit, von diesem System Abweichungen zu gewähren.

Im Prinzip soll das System des mäßigen Zollschutzes, wie es in der Vorkriegszeit bestand, nicht geändert werden.

Wir erstrebten das System nicht nur, weil Deutschland die im Dawesgutachten vorgesehenen Zahlungen nur durch Ausfuhr bewilligen kann. Wir wünschen das System vor allem aus der Überzeugung heraus, daß nur auf der Basis der Meistbegünstigung die Verpflichtung der internationalen Wirtschaft wieder herbeigeführt werden kann. Nur auf der Grundlage voller gegenseitiger Gleichheit ist eine wirtschaftliche Befriedung Europas zu erreichen.

Günstiger Eindruck der Rede Trendelenburgs.

Paris, 3. Oktober. Die Rede Trendelenburgs wird in hiesigen Kreisen günstig beurteilt. Die Zustimmung, die sich der Staatssekretär im großen und ganzen auferlegt hat, erscheint bei der Schwere des zu erörterten Problems durchaus begründet. Es herrscht der Eindruck, daß die deutsche Delegation eine abwartende Stellung einzunehmen wünscht und den Franzosen den Vortritt in der Auflösung der verschiedenen technischen Einzelfragen überlassen möchte.

Deutsch-japanische Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 2. Oktober.

Wie wir erfahren, hat jetzt auch Japan um Handelsvertragsverhandlungen erichtet. Bei diesen vorstehenden Verhandlungen wird es sich nicht um den Abschluß eines Tarifvertrages, sondern um eine gegenseitige Gewährung uneingeschränkter Meistbegünstigung handeln.

Die Reichsregierung hatte bereits vor einem halben Jahr Schritte in dieser Richtung unternommen, die jedoch infolge der ablehnenden Haltung Japans zu seinem Erfolg führten. Auf deutscher Seite wird die Regelung der Handelsvertragsbeziehungen zu Japan lebhaft begrüßt, zumal das fürstlich von der japanischen Regierung eingeführte Einfuhrbewilligungssystem für Farbstoffe praktisch einer vollständigen Drohung der deutschen Farbstoffeinfuhr gleichkommt. Man hofft in deutschen Wirtschaftskreisen, daß mit Abschluß eines Handelsvertrages auch diese einseitige nur gegen Deutschland gerichtete Maßnahme Japans fallen wird. Im übrigen werden die bereits bestehenden deutsch-japanischen Handelsbeziehungen an zuständiger Stelle als sehr gut bezeichnet. Die deutsche Ausfuhr nach Japan betrug während der ersten vier Monate rund 50 Millionen Goldmark. Der Deutschland während der ersten sieben Monate d. J. allein für 117 Millionen Gold eingeführt hat, besteht auch auf japanischer Seite ein lebhaftes Bedürfnis an dem Ausbau der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen.

Anleihe und deutsch-englischer Handelsvertrag.

London, 3. Oktober. In der englischen Presse wird seit einigen Tagen ein lebhafter Feldzug gegen die deutsche Handelspolitik geführt. Wie wir erfahren, handelt es sich bei diesem Preßfeldzug offenbar um ein Manöver interessanter Kreise. In den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen deutschen Vertretern und der City sind diese Gesichtspunkte bislang noch nicht in Erscheinung getreten. Man hofft ancheinend auf die deutsche kredit suchende Privatwirtschaft einen Drud auszuüben, um dadurch indirekt Einfluß auf die Handelsvertragsverhandlungen zu bekommen.

Ungünstige Wendung in der Regierungsfrage.

In der Frage der Umbildung der Reichsregierung ist seit Mittwoch eine erhebliche Verschärfung eingetreten, die sehr ungünstige Aussichten für die bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschen Volkspartei. Im Gegenzug zu der Deutschen Volkspartei, die sich für die Hinzuziehung der Deutschen Nationalen einsetzt, formulieren die maßgebenden Kreise des Zentrums immer schwächer Bedingungen, von deren Erfüllung sie die Erweiterung der Regierungskoalition abhängig machen. Dadurch wird die

Gefahr eines offenen Bruches zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum heraus beschworen, der zu einem Auseinanderfallen der gegenwärtigen Regierungskoalition im Reiche zu führen droht. Auf der einen Seite vollzieht sich die Annäherung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen, während auf der anderen Seite Zentrum, Demokraten und sogar die Sozialdemokratie eine einheitliche Linie verfolgen.

Die Auseinandersetzungen sind bereits in vollem Gange. Das Zentrum fordert offen ein Einlenken der Deutschen Nationalen in den Regierungskurs der Mitte und eine loyale Verständigung mit der Sozialdemokratie.

Unterstützt wird es durch die Demokraten, die mit großer Sicherheit am Dienstag gelegentlich einer Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion den Beichluß fordern werden, weder an einer offenen, noch an einer verschleierten Regierung des Bürgerblods teilzunehmen. Durch diese Drohung mit dem Austritt aus der Regierung werden die Demokraten es abermals fertig bringen, bei den Entscheidungen einen ausschlaggebenden Einfluß auszuüben.

In den deutsch-nationalen Kreisen heißt es, man spricht von einer groß angelegten Sabotage, die von den Linien Zentrums und der Demokraten ausgeübt werde. Diese Sabotageaktivität habe schon jetzt die Voraussetzungen für eine Verständigung gefährdet, in dem tatsächlich das ganze Problem der innerpolitischen Entwicklung im Reiche aufgeworfen werde.

Reichskanzler Dr. Marx wird nach seinen Besprechungen mit den Parteiführern den Reichspräsidenten Ebert aussuchen und ihm das Ergebnis der von ihm geführten Verhandlungen mitteilen. Sollte sich ergehen, daß auf der Grundlage der vom Reichskanzler vorgelesenen Lösung keine Verständigung unter den beteiligten Parteien zu erzielen ist, so hält Reichskanzler Marx

eine Regierungskrise für ganz unvermeidlich. Wir glauben zu wissen, daß der Reichskanzler die Regierungsparteien darauf aufmerksam gemacht hat, daß er im Falle eines Scheiterns seiner Bemühungen sich gezwungen sähe,

mit dem Reichskabinett zurückzutreten.

Politische Tagesschau.

England.

Vor einer englischen Regierungskrise? — Neuwahlen wahrscheinlich. Innerhalb der letzten 24 Stunden hat die Stellung der Regierung, die schon durch den Fall Campbell beeinträchtigt war, sich bedeutend verschlechtert. Die Liberale Partei hat nach einer Anfrage Asquiths in der Versammlung liberaler Abgeordneter einen Misstrauensvotum ausgesetzt, in dem der Vertrag mit Rußland in Grund und Boden verurteilt wird.

Die politische Krise wegen des Russenvertrages und der Jurisdicition der Klage gegen die kommunistische Zeitschrift „Werks Weel“ dauert an. Sie ist diesmal erneut zu werden, als alle die vorherengangenen, und kann nach Ansicht der führenden Morgenblätter, sowie der Liberalen und Konservativen Neuwahlen bedeuten. Die liberale Fraktion hat im Unterhaus eine Fraktionssitzung abgehalten, bei der eine durchaus veränderte Haltung der Parteimitglieder erkennbar wurde. Die Eintrüke in den Wählerkreisen während des Urlaubs haben offenbar einen grundlegenden Stimmungswandel herbeigeführt. Allen Ernstes wird mit der Möglichkeit einer Neuwahl bis Ende des Monats und unter Umständen sogar noch früher gerechnet. Den unmittelbaren Anlaß zur Krise bildet das Misstrauensvotum der Konservativen, dem sich die Liberalen nach dem gestrigen Fraktionsbeschuß anschließen wollen, wenn es die Formulierung des Misstrauensvotums nur einigermaßen zuläßt.

Polen.

Umbildung des Kabinetts? Am 3. Oktober treten die Kommissionen des Sejm zusammen, um mit beginnen die parlamentarische Tätigkeit des Winterparlaments. In parlamentarischen Kreisen ist man mit der Zusammenfassung des jetzigen Kabinetts wenig zufrieden und spricht immer lauter von einer Umbildung des Kabinetts. Vor allem will man das Justiz- und das Kultusministerium neu besetzen und auch auf dem Posten des Innensenators würde man gern einen anderen Mann sehen. Nach in den höheren Verwaltungsposen erwartet man eine größere Neubesetzung.

Italien.

Die Mehrzahl der Liberalen gegen Mussolini. Der Kongress der italienischen Liberalen Partei wird am kommenden Sonnabend in Leghorn eröffnet werden. Die Regierung hat Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Man sieht dem Kongress mit großer Spannung entgegen, da vorausichtlich dort die Entscheidung fallen wird, ob die liberale Partei mit Mussolini zusammenarbeiten will. Sollte eine Einigung erzielt werden, kann die Spaltung der Partei als Folge angefechtet werden. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Spaltung.

Rußland.

Vor dem Bankrott? Die englische Abordnung, die Rußland zum Studium der augenblicklich dort herrschenden Lage bereiste, ist wieder in London angelangt. Sie hat festgestellt, daß Rußland vor dem Bankrott steht und daß Finnland, Estland, Litauen und Polen, oft außerdem beobachtet wurden, nur gegen bar an Rußland exportieren wollen.

Amerika.

Neuport, 3. Okt. Auf dem Chicagoer Bankkongress erklärte heute der Präsident der Nationalbank St. Louis, der bekannte Bankier Lousdale, daß Amerika sich keine „Glaube-Liebe-Hoffnung-Anleihe“ zuschaffen kann. Dagegen wären genügend gesicherte Anleihen heute für das amerikanische Bankiergewerbe eine Hauptlebensfrage. Man habe in Amerika während des letzten Jahres gelernt, daß man nicht passiv bleiben könne, während Europa finanziell darunterliegt. Alle Länder müssen zusammenarbeiten, um Europa wieder aufzurichten zu bringen. Es wäre nicht erstaunlich, worauf Amerika heute noch wartet. Die amerikanischen Bankiers erwarten jetzt die Auslegung der deutschen Anleihe, die als belebendes Element zur Ingangsetzung der Geschäftsmajazine anberbracht wäre.